



POLITISCH? KORREKT!

FOKUS FRIEDEN & SICHERHEIT

Lösungen für eine resiliente deutsche Außenpolitik

**Ergebnisse der Polis180-Policy
Kitchen Mai 2021**

Mit Beiträgen von:

Valentin Geier, Daryna Sterina, Annegret Krüger, Helena Lür und Johanna Oesinghaus, Julie Courbon, Simon Haux, Janek Bruker, Tanja Friesen, Stella Bartholomäus, Jassin Irscheid, Marlene Vossen

**POLIS
180**

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	2
1. WIE KANN DEUTSCHLAND WÄHREND DER COVID-19 PANDEMIE DIE INTERNATIONALE SICHERHEIT STÄRKEN?	3
2. GENDER, FRIEDEN UND SICHERHEIT DIE UMFASSENDE UMSETZUNG DER RESOLUTION 1325 ALS BEDINGUNG FÜR EINE WIDERSTANDSFÄHIGE FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK	6
3. FLUCHTURSACHEN GEMEINSAM MINDERN: GLOBALE HERAUSFORDERUNG - LOKALE LÖSUNGEN - DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG	10
ÜBER POLIS180	14

VORWORT

Anlässlich der Bundestagswahl im September 2021 hat Polis180 eine Policy Kitchen-Workshop-Reihe organisiert. Dabei handelt es sich um ein partizipatives Format, bei dem die Teilnehmenden die Möglichkeit haben, im Austausch miteinander neue, innovative Forderungen und Handlungsempfehlungen an die Außenpolitik der zukünftigen Bundesregierung zu erarbeiten.

Das übergeordnete Thema war: **Wie kann deutsche Außenpolitik widerstandsfähiger gemacht werden?** Basierend auf dieser Leitfrage fanden drei Workshops zu den Themen Zukunft Europas, Sicherheit und Frieden sowie Klima statt. Diese Publikation umfasst die Forderungen und Handlungsempfehlungen zum Themenblock **Sicherheit und Frieden**.

Sicherheit und Frieden sind ein wichtiger Grundstein für die Gewährleistung von Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Mit der Entstehung neuer außenpolitischer Herausforderungen muss die deutsche Politik ihre Herangehensweisen weiterentwickeln. Altbewährte Strukturen scheitern daran, zukunftsfähige Lösungen für globale Sicherheit und nachhaltigen Frieden zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wurde diskutiert, welche Maßnahmen die neue Bundesregierung ergreifen sollte, um ihre Friedens- und Sicherheitspolitik widerstandsfähiger zu machen.

Gefragt haben wir uns beispielsweise, wie die Implementierung einer Genderperspektive zu einer friedlichen Welt beitragen könnte, wie in der Migrationspolitik nachhaltige Lösungen für Fluchtursachen integriert werden und welche Möglichkeiten Deutschland hat, um während der Corona-Pandemie die internationale Sicherheit zu stärken.

Die folgenden Ergebnisse resultieren aus der Debatte der Teilnehmenden und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinungen der Autor*innen sowie die institutionellen Positionen ihrer Arbeitgeber dar. Die Autor*innen haben lediglich die in der Debatte entstandenen Forderungen ausformuliert.

Die Policy Kitchen-Workshops sind Teil des Polis180-Projektes „Politisch? Korrekt!“ zu den Bundestagswahlen 2021, das vom BMFSFJ und der bpb gefördert wird. Das Konzept der Policy Kitchen ist in Kooperation mit unserem Schweizer Partner Think Tank Foraus entstanden, der auch die Plattform bereitgestellt hat.

An dieser Stelle möchten wir uns noch einmal bei allen Mitwirkenden, Workshopteilnehmer*innen und Expert*innen bedanken. Besonderer Dank gilt Leonie Hopgood und Richard Kaufmann für die Organisation der Policy Kitchens. Außerdem möchten wir uns ganz herzlich bei Almut Wieland-Karimi, Nicola Popovic, Katerina Kratzmann, Markus Rudolf und Anja Opitz für die fachliche Expertise bedanken.



POLITISCH?
KORREKT!

1. WIE KANN DEUTSCHLAND WÄHREND DER COVID-19 PANDEMIE DIE INTERNATIONALE SICHERHEIT STÄRKEN?

Valentin Geier, Daryna Sterina

Abstract

Die Covid-19 Pandemie hat nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheit von Millionen von Menschen, sondern auch auf die internationale Sicherheit. Beispiele hierfür sind das Zerbrechen gesundheitlicher Institutionen an der Pandemie¹, die Verschärfung von Konflikten, u.a. durch die Reduzierung internationaler Unterstützung und das strategische Ausnutzen der Pandemie-Notlage zur Schwächung verfeindeter Konfliktparteien oder der Zivilbevölkerung. Es hat sich gezeigt, dass Gesundheits- und Sicherheitspolitik eng verknüpft sind. Um die Verschärfung aktueller Sicherheitsprobleme zu verhindern und die Weltbevölkerung resilienter gegenüber zukünftigen Krisen zu machen, muss die internationale Staatengemeinschaft gemeinsame Lösungen finden. Deutschland kann und sollte hierzu beitragen:

Zum einen können durch die Unterstützung des Ausbaus stabiler Gesundheitssysteme weltweit und der Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zu Medikamenten und Impfungen die Entstehung von Sicherheitsrisiken vermieden werden.

Zum anderen kann so verhindert werden, dass Kriegsparteien Pandemien und mangelnde gesundheitliche Versorgung als Mittel der Kriegsführung einsetzen.

Hierzu sollte Deutschland die Stärkung multilateraler Reaktionsmechanismen verfolgen, für den Fortbestand internationaler Unterstützung für Krisengebiete werben und den Missbrauch von Gesundheitskrisen als Mittel der Kriegsführung in den Fokus sicherheitspolitischer Diskussionen stellen.

¹ Selbst robuste Gesundheitssysteme wie im Norden Italiens waren bereits nach drei Wochen überlastet (vgl: Eisentraut et al., 2020: *Polypandemie Sonderausgabe des Munich Security Report zu Entwicklung, Fragilität und Konflikt in der Covid-19-Ära*, München: Münchener Sicherheitskonferenz, November 2020, S. 24. [online] https://securityconference.org/asset/s/02_Dokumente/01_Publikationen/201104_MSC_Polypandemie_DE.pdf

² ebd., S. 9.

³ In vielen Ländern wurde erst mit der Corona-Krise verdeutlicht, was die Auswirkungen einer mangelnden Ausstattung von Krankenhäusern und Personal bedeutet. Mehr dazu: Eisentraut et al., 2020, S. 25.

Wie kann Deutschland während der Covid-19-Pandemie die internationale Sicherheit stärken?

Nachdem die Covid-19-Pandemie die Welt im vergangenen Jahr überrollte, stellt sie auch 2021 die Weltgemeinschaft weiterhin vor immense Herausforderungen. Rasend schnell verbreitet sich das Virus Anfang 2020 und gefährdet bis dato die Gesundheit von Millionen von Menschen. Doch die gesundheitlichen Folgen der Pandemie sind nicht die einzigen massiven Auswirkungen auf die internationale Sicherheit.² Die Risiken sind vielmehr vielfältiger Natur.

In manchen Staaten zerbrechen Gesundheitssysteme an der Pandemie³, während in anderen Regierungen die Gesundheitskrise nutzen, um die Zivilbevölkerung zu schwächen und ihre Macht zu stärken.⁴ Durch die Fokussierung auf die nationale Krisenbewältigung und die damit einhergehende Reduzierung von internationaler humanitärer Hilfe und Einschränkung von Friedensmissionen, werden bestehende Konflikte noch verschärft.⁵ Eine beeinträchtigte Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung ist dort oftmals nicht nur eine Begleiterscheinung des Konflikts, sondern wird bisweilen auch von Konfliktparteien strategisch zum eigenen Vorteil eingesetzt.⁶ Die schlechte staatliche Gesundheitsstruktur ist insofern eine Begleiterscheinung oder Folge von Konflikten und besteht nicht erst aufgrund der Unterfinanzierung seit der Pandemie.⁷ Die Covid-19-Pandemie hat nun die verheerenden Folgen solcher Entwicklungen unmittelbar offengelegt.

Die Corona-Krise ist ein Exempel dafür, das die Zukunft der internationalen Sicherheitspolitik eng verknüpft mit Gesundheitspolitik gedacht werden muss. Eine Verschärfung aktueller Sicher-

⁴Kishi, Roudabeh: *A Year of COVID-19 the Pandemics's Impact On Global Conflict and Demonstration Trends*, in: ACLEDATA, 2021, S. 7 [online] https://acleddata.com/acleddatanew/wp-content/uploads/2021/04/ACLED_A-Year-of-COVID19_April2021.pdf [15.09.2021]

⁵ The International Crisis Group: *COVID-19 and Conflict: Seven Trends to Watch*, in: The International Crisis Group, 24. März 2020 [online] <https://www.crisisgroup.org/global/sb4-covid-19-and-conflict-seven-trends-watch> [10.07.2021].

⁶ Eisentraut et al., 2020: S. 39.

⁷ The International Crisis Group, 2020

heitsprobleme kann nur vermieden werden, wenn die internationale Staatengemeinschaft dies erkennt und gemeinsam einen Weg findet, die Pandemie und seine Auswirkungen zu beenden und für zukünftige Krisen adäquat vorzusorgen.

So stellten wir uns die Fragen: Was bedeutet die Covid-19-Pandemie für den internationalen Frieden und welche Auswirkungen hat sie auf internationale Konflikte? Wie kann Deutschland während und nach Corona dazu beitragen, Krisen zu bewältigen und sowohl Staaten als auch das internationale System resilienter zu machen?

Eine Antwort schon vorab: Die neue Bundesregierung muss sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass Krisen wie die Covid-19-Pandemie in Zukunft nicht zu einer ausgewachsenen Gefahr für die internationale Sicherheit werden. Die im Folgenden dargelegten Handlungsempfehlungen könnten dafür einen ersten Ansatzpunkt bieten.

1: Ausbau stabiler Gesundheitssysteme, gleichberechtigter Zugang zu Medikamenten und Impfungen durch die Verhinderung der Monopolstellung einzelner Länder

Konflikte und eine Unterfinanzierung der gesundheitlichen Infrastruktur haben zur Folge, dass wirtschaftlich schwächer aufgestellte Länder im globalen Süden wesentlich länger für die Bekämpfung des Virus brauchen. Diese Länder müssen sich dafür nicht selten in eine größere Abhängigkeit von westlichen Staaten begeben, beispielsweise um Zugang zu Impfstoffen zu erhalten. Andere wiederum wenden sich von westlichen Akteuren ab und orientieren sich verstärkt gen China und Russland, die insbesondere durch den Verkauf eigens produzierter Impfstoffe in vielen Ländern eine wichtige Rolle bei der Pandemiebekämpfung einnehmen.⁸

Diese finanzielle und gesundheitliche Abhängigkeit führt jedoch dazu, dass Regionen sich nicht langfristig von der Pandemie erholen und andere Sicherheitsgefahren wie Krieg, Terrorismus⁹ oder Umweltkatastrophen angehen können.¹⁰

⁸ Safi, Michael: *Vaccine diplomacy: west falling behind in race for influence*, in: The Guardian, 19. Februar 2021 [online] <https://www.theguardian.com/world/2021/feb/19/coronavirus-vaccine-diplomacy-west-falling-behind-russia-china-race-influence> [15.09.2021]

⁹ Eisentraut et al., 2020: S. 38-40.

¹⁰ Hirsch, Thomas: *Climate change, Debt and COVID-19 Analysing the Triple Crisis with a New Climate Disaster and Debt Risk Indicator and Building Forward for a Resilient Recovery, Based on Climate Justice*. in: Brot für die Welt Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., März 2021, S.5 [online] https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/analyse/Analyse_102_English.pdf. [15.09.2021]

Die Teilnehmer*innen des Workshops rufen die Bundesregierung daher dazu auf:

- sich für die (temporäre) Aufhebung von Patenten für Impfstoffe einsetzen, damit alle Länder Impfstoffe lokal herstellen können;¹¹
- und gleichzeitig einen Wissenstransfer sowie eine langfristige Förderung regionaler Organisationen sowie wissenschaftlicher Einrichtungen in die Wege leiten. In vielen Ländern ist die Infrastruktur für die Produktion von Impfstoffen (vor allem in hohen Dosen für die eigene Versorgung), nicht gegeben. In die müssten also zusätzlich zur wissenschaftlichen Förderung auch investiert werden.

Dies würde den Ausbau stabiler Gesundheitssysteme beschleunigen und sicherstellen, dass künftige gesundheitliche Krisen angespannte Sicherheitslagen nicht begünstigen oder verschärfen.

2: Verhindern, dass Kriegsparteien Pandemien und mangelnde gesundheitliche Versorgung als Mittel der Kriegsführung einsetzen

Ein Beispiel für die Verschärfung einer humanitären Notsituation durch die Corona-Pandemie ist der Krieg in Syrien: Laut UN sind aktuell 3,4 Millionen Zivilist*innen in Syrien auf humanitäre Hilfe angewiesen, die meisten im Norden des Landes.¹² Durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, werden die Hilfsgüterlieferungen über nördliche Grenzzugänge nach Syrien geregelt. Ihr Fortbestehen erfordert regelmäßig umfassenden diplomatischen Einsatz vieler Staaten im Sicherheitsrat, insbesondere um Russland vom Einlegen eines Veto abzubringen. Denn als Verbündeter Assads möchte Russland erreichen, dass der Zugang humanitärer Güter nur noch über Damaskus erfolgt. Dies könnte jedoch bedeuten, dass humanitäre Hilfe strategisch eingesetzt wird, zum Beispiel indem Hilfsgüter nur an bestimmte Personengruppen geliefert werden. Dies hätte die Verschlimmerung der ohnehin schon prekären humanitären Situation sowie eine weitere Verbreitung des Virus in die Nachbarländer zur Folge.¹³

¹¹News European Parliament: *Parliament calls for temporary COVID-19 vaccine patent waiver*, in: European Parliament, 10. Juni 2021 [online] <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20210604IPR05514/parliament-calls-for-temporary-covid-19-vaccine-patent-waiver> [10.07.2021].

¹² UN News: *Syria: UN chief welcomes Security Council extension of vital cross-border aid operation*, in: UN News, 9. Juli 2021 [online] <https://news.un.org/en/story/2021/07/1095602> [14.07.2021].

¹³ Heisler, Michele/Baker, Elise/McKay, Donna: *Attacks on Health Care in Syria — Normalizing Violations of Medical Neutrality?*, in: *New England Journal of Medicine*, Jg. 373, Nr. 26, 2015, S. 2489–2491.

Auch in anderen Ländern besteht die Gefahr, dass nicht-staatliche Akteure oder terroristische Gruppen Epidemien und Gesundheitskrisen strategisch gegen Bevölkerungen und Regierungen einsetzen. Beispielsweise indem Impfkampagnen gezielt durch Anschläge oder Desinformationskampagnen angegriffen und beschädigt werden.¹⁴ So könnten solche Akteure eine instabile politische Situation, verursacht durch eine gesundheitliche Krise, verstärken oder zu ihrem Vorteil verschärfen.

Die Teilnehmer*innen des Workshops rufen die Bundesregierung daher dazu auf:

- die Stärkung von multilateralen Response-Mechanismen auf (intentional herbeigeführte) gesundheitliche Krisenlagen in Konfliktregionen, wie z. B. des Global Outbreak Alert and Response Network (GOARN), anzustreben;
- die Herbeiführung von Gesundheitskrisen als politische Waffe oder Mittel der Kriegsführung stärker in den Fokus von sicherheitspolitischen Diskussionen in internationalen Gremien rücken.

¹⁴ Arnold 2021: The epidemic–terrorism nexus and how to safeguard Africa against bioterrorism: Lessons from the Global Polio Eradication Initiative?

2. GENDER, FRIEDEN UND SICHERHEIT

DIE UMFASSENDE UMSETZUNG DER RESOLUTION 1325 ALS BEDINGUNG FÜR EINE WIDERSTANDSFÄHIGE FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Annegret Krüger, Helena Lüler und Johanna Oesinghaus

Abstract

Die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit des UN-Sicherheitsrats durch Deutschland zeigt bisher noch deutliche Lücken auf. Dabei ist die Integration einer Genderperspektive entscheidend für eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitspolitik. Die neue deutsche Bundesregierung sollte daher die Agenda durch Datenerhebung und eine robuste Finanzierung stärken, Frauen auf der lokalen Ebene aktiv in die Projektentwicklungen und -implementierungen einbeziehen, sich für die Partizipation von Frauen in den Friedensprozessen einsetzen und gendersensible Fähigkeiten in den zuständigen Ministerien und Organisationen aktiv fördern.

Gender, Frieden und Sicherheit – die Umsetzung der Resolution 1325 als Bedingung für eine widerstandsfähige Friedens- und Sicherheitspolitik

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (engl. Women, Peace and Security, kurz: WPS) des UN-Sicherheitsrats erkennt an, dass Frauen und Mädchen in besonderer Weise von bewaffneten Konflikten und Krisen betroffen sind. Im Oktober 2000 wurde die erste Resolution der WPS-Agenda, die Resolution 1325, verabschiedet. Gemeinsam mit neun weiteren Resolutionen fordert sie unter anderem eine aktive Rolle von Frauen in Friedensprozessen und Wiederaufbaumaßnahmen, den Schutz aller Menschen vor

sexualisierter Gewalt und die Integration einer Genderperspektive in allen friedensschaffenden Maßnahmen.¹⁵ Die deutsche Bundesregierung verabschiedete im März 2021 den dritten Nationalen Aktionsplan (NAP)¹⁶ für die Umsetzung der Agenda. Größter Kritikpunkt zivilgesellschaftlicher Organisationen bleibt weiterhin die fehlende Politikkohärenz, da es an einer innenpolitischen Umsetzung der Agenda fehlt und der NAP ausschließlich als außenpolitisches Instrument wahrgenommen wird.¹⁷ Doch auch im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik ergeben sich große Lücken, für deren Schließung die Teilnehmenden folgende Empfehlungen entwickelt haben.

WPS mit Datenerhebung und Finanzierung stärken

Für eine effektive Umsetzung der WPS-Agenda mangelt es weiterhin an gendersensiblen Daten insbesondere in der Sicherheitspolitik. Neben der Datenerhebung ist eine stabile Finanzierung als Basis für die Umsetzung der Ziele wichtig. Der dritte NAP legt sich nicht auf eine langfristige und angemessene Finanzierung fest und riskiert so nicht nur Intransparenz bei der finanziellen Unterstützung, sondern auch mangelnde Konsistenz bei der Umsetzung von genderspezifischen Zielen.¹⁸ Individuelle Partizipation von Expert*innen muss als Arbeit wertgeschätzt und finanziell entlohnt werden. Dabei ist zum Beispiel zu beachten, dass Frauen häufig einen größeren logistischen Aufwand betreiben müssen und

¹⁵ vgl. UN Women: Die Resolution 1325 mit der Agenda "Frauen, Frieden und Sicherheit", in: UN Women [online] <https://www.unwomen.de/informieren/frauen-und-ihre-rolle-in-friedensprozessen/die-resolution-1325-mit-der-agenda-frauen-frieden-und-sicherheit.html> [abgerufen am 27.07.2021].

¹⁶ vgl. Auswärtiges Amt: *Dritter Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. 2021-2024*, in: Auswärtiges Amt, 2021 [online] <https://www.auswaer-tiges-amt.de/blob/2443848/3596859eebe39f90fa327e81ede416a3/aktionsplan-zu-wps-iii-data.pdf> [abgerufen am: 06.07.2021].

¹⁷ vgl. Bernarding, Nina/Böhme, Jeannette/Heinlein, Anica: *Frauen, Frieden und Sicherheit. Zivilgesellschaftliche Stellungnahme zum 3. Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung*, in: Frauenrat, April 2021 [online] <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2021/04/Stellungnahme-NAP-04.21-als-PDF.pdf> [abgerufen am: 06.07.2021].

¹⁸ vgl. PeaceWomen. *Country Profile of German*. in: PeaceWomen, k.A. [online] <http://1325naps.peacewomen.org/index.php/germany/> [abgerufen am: 06.07.2021].

durch ihre Beteiligung ggf. einem höheren Sicherheitsrisiko ausgesetzt werden.¹⁹

Die Teilnehmenden des Workshops empfehlen der neuen Bundesregierung daher:

- Die Erhebung gendersensibler Daten zur Repräsentation und Partizipation von Frauen in unterschiedlichen Politikfeldern und Friedensprozessen sowie zu sexualisierter Gewalt, Konfliktursachen, gesellschaftlichen Ungleichheiten und zum Zugang zu staatlichen Dienstleistungen, wie Bildung, Gesundheit etc.;²⁰
- die Festsetzung eines Budgets zur Umsetzung der WPS-Agenda, die Schaffung von Transparenz über die geplante Finanzierung und eine Überprüfung der Budgets durch Gender Marker, die anzeigen, ob die Maßnahmen zu Geschlechtergerechtigkeit beitragen.²¹

Anerkennung und Förderung der Handlungsfähigkeit und Expertise von Frauen auf lokaler Ebene

Die letzten 21 Jahre seit der Verabschiedung der Resolution 1325 haben gezeigt, dass eine vollumfassende Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit nur gelingen kann, wenn Projekte, Strategien und Vorhaben gemeinsam mit Frauen vor Ort entwickelt und umgesetzt werden.^{22, 23} Die deutsche Bundesregierung sollte daher aktiv mit Frauenrechtsorganisationen und Aktivist*innen vor Ort zusammenarbeiten und sie frühestmöglich in die Prozesse einbeziehen sowie auf ihre Erfahrungen, Expertise und Einschätzungen bei der Projektentwicklung vertrauen. Hierzu ist zunächst eine kritische Selbstreflexion aller Mitarbeitenden in den zuständigen Ministerien und Durchführungsorganisationen

darüber nötig, ob möglichst viele diverse und heterogene Stimmen gehört werden. Darauf basierend empfehlen die Teilnehmenden der Policy Kitchen:

- Die Erstellung einer Bedarfsanalyse in Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und ein Mapping von Frauenrechtsorganisationen vor Ort;
- eine partizipative Entwicklung der Vorhaben mit Frauen vor Ort und Vertrauen auf ihre Expertise und alltäglichen Erfahrungen;
- Flexibilität und Raum für Veränderungen während der Implementierung der Projekte.²⁴

Representation matters!

Repräsentation ist eng verzahnt mit der Beteiligung von Frauen. So wird bereits im Text der Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 eine vermehrte Repräsentation von Frauen auf allen Entscheidungsebenen in nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten gefordert.²⁵ Trotzdem sind Frauen auch 21 Jahre nach Verabschiedung der Resolution nicht genügend beteiligt und repräsentiert.²⁶ Und das, obwohl Studien belegen, dass ein Friedensabkommen länger hält, wenn Frauen daran angemessen beteiligt sind.²⁷

Dabei bezieht sich die Repräsentation sowohl auf die Prävention von Konflikten, auf Friedensverhandlungen, andere Verhandlungen rund um das Thema „Frieden und Sicherheit“ und Post-Konfliktphasen als auch auf die Aufarbeitung von Konflikten. Zur Aufarbeitung zählen alle Institutionen und Mechanismen von Transitional Justice (TJ). Dieser Prozess war den Teilnehmenden der Po-

¹⁹ vgl. Dwyer, Amy: *Women Human Rights Defenders: Left behind in the women, peace and security agenda*, London: Centre for Women, peace and security, 2020, S.4f.

²⁰ Hopgood, Leonie und Annegret, Krüger. Genderperspektive mit umfassenden Daten stärken, in: Policy Kitchen. Online unter: <https://www.policykitchen.com/group/sicherheit-und-frieden-bundestagswahl-2021/idea/genderperspektive-mit-umfassenden-daten> (abgerufen am: 06.07.2021).

²¹ Hopgood, Leonie und Annegret, Krüger. Gender-Perspektiven angemessen finanzieren, in: Policy Kitchen. Online unter: <https://www.policykitchen.com/group/sicherheit-und-frieden-bundestagswahl-2021/idea/genderperspektive-mit-umfassenden-daten> (abgerufen am: 06.07.2021).

²² vgl. Mubalama, Passy: *Wir sollten nicht warten, bis Frauen zu Opfer werden, bevor wir sie unterstützen*, in: PeaceLab Blog, 31.03.2020 [online] <https://peacelab.blog/2020/03/wir-sollten-nicht-warten-bis-frauen-zu-opfern-werden-bevor-wir-sie-unterstuetzen> [abgerufen am: 06.07.2021].

²³ vgl. Kagumire, Rosebell/Wegner, Daniel: *Harnessing the Power of Women's Organizations at the Grassroots*, in: PeaceLab Blog, 09.03.2020 [online] <https://peacelab.blog/2020/03/harnessing->

[the-power-of-womens-organizations-at-the-grassroots](#) [abgerufen am: 06.07.2021].

²⁴ Bayer, Tina/Friedrich, Hannah, Lüer, Helena, Präckel, Cäcilia und Schneiders, Hannah. Agency von Frauen einbeziehen, in: Policy Kitchen. Online unter: <https://www.policykitchen.com/group/sicherheit-und-frieden-bundestagswahl-2021/idea/agency-von-frauen-einbeziehen> (abgerufen am: 06.07.2021).

²⁵ vgl. UN-Sicherheitsrat: *Resolution 1325 (S/RES/1325)*, in: Vereinte Nationen, 31.10. 2000 [online] <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UN-DOC/GEN/NO0/013/25/pdf/NO001325.pdf?OpenElement> [abgerufen am 15.09.2021]

²⁶ vgl. Council on Foreign Relations: *Women's Participation in Peace Processes*, in: Council on Foreign Relations, o.J. [online] <https://www.cfr.org/womens-participation-in-peace-processes/> [abgerufen am: 04.07.2021].

²⁷ vgl. Stone, Laurel: *Women Transforming Conflict. A Quantitative Analysis of Female Peacemaking*, in: *SSRN Electronic Journal*, 2014

Policy Kitchen besonders wichtig. Zu den Mechanismen von TJ zählen beispielsweise Gerichtsprozesse auf unterschiedlichen Ebenen, Wahrheitskommissionen, Erinnerungsarbeit, Reformen und Reparationen. Dabei wird jedoch häufig der Ausschluss bzw. die unzureichende Einbindung von Frauen innerhalb (inter-)nationaler TJ-Rahmenwerke kritisiert. Die männliche Perspektive wird universalisiert, während die weibliche Perspektive irrelevant oder unsichtbar gemacht wird.²⁸

Dabei ist die Fokussierung auf Frauen als Opfer von sexualisierter Gewalt Segen und Fluch zugleich. Einerseits werden so Frauen auf Ziele eines bestimmten Verbrechens reduziert und sie werden als immerwährende Opfer konstruiert und ihre soziale Position und politische Identität in der neu entstehenden Gesellschaft als passiv, minderwertig, verletzlich und schutzbedürftig festgelegt.²⁹ Andererseits werden damit ihre Erfahrungen anerkannt und sie können finanzielle Reparationen erhalten. Daher schlagen die Teilnehmenden der Policy Kitchen folgende Handlungsempfehlungen für die zukünftige Bundesregierung vor:

- Die Einrichtung einer Quote zur Repräsentation von Frauen in Institutionen, Friedensverhandlungen und Aktionsplänen sowie eine besondere Einbeziehung von Frauen aus von Konflikten betroffenen Ländern, um ihre Erfahrungen und Expertise anzuhören;
- Führungskräfteprogramme für Frauen in Friedens- und Sicherheitsorganisationen;
- keine rein männlichen Expert*innen-Panels mehr (so genannte "manels") und angemessene Bezahlung für Leistung;³⁰
- Verwendung einer gendergerechten Sprache in allen offiziellen Dokumenten, Reden, Statements und Policies;

- Gender- und kulturelle Sensibilisierung von Richter*innen und Prozessbeteiligten bei Prozessen nach dem Weltrechtsprinzip.

Gender-sensible Fähigkeiten als Mindestanforderung

Die Grundlage der WPS-Agenda bildet das Konzept der "menschlichen Sicherheit",³¹ welches sich gegen das klassische Sicherheitskonzept der "nationalen" oder "internationalen Sicherheit" wendet. Somit wird in der Agenda nicht der Staat ins Zentrum der Sicherheitspolitik gestellt, sondern Frauen, Mädchen und andere marginalisierte Gruppen.³² Diese Definition ist auch den Teilnehmenden der Policy Kitchen wichtig und sollte in den beteiligten Ministerien übernommen werden. Studien belegen zudem, dass in Staaten mit einem hohen Grad von Geschlechtergerechtigkeit seltener innerstaatliche sowie zwischenstaatliche Konflikte ausbrechen.³³ Ferner ist die Sicherheit von Frauen eng mit der Sicherheit der Staaten, in denen sie leben, verbunden.³⁴ Dies spricht dafür, dass Menschen, die im Bereich Sicherheit und Frieden innen- und außenpolitisch tätig sind, dieses Wissen sowie gender-sensible Fähigkeiten aufweisen sollten. Gender-sensible Fähigkeiten sollten daher eine Mindestanforderung für eine Karriere in allen innen- und außenpolitischen Bereichen im Zusammenhang mit Sicherheit und Frieden sein. Dies veranschaulicht beispielsweise eine Evaluation der Projekte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter in Post-Konflikt-Kontexten. Dabei wurde festgestellt, "dass das Engagement größer ist, wenn die Mitarbeitenden über Erfahrungen und Kenntnisse im Themenfeld „Gender und Konflikt“ verfügen", und dass die Umsetzung stark von diesem Engagement abhängt.³⁵ Daher empfehlen die Teilnehmenden der Policy Kitchen der zukünftigen Bundesregierung:

²⁸ vgl. Buckley-Zistel, Susanne / Stanley, Ruth (Hrsg.): Gender in Transitional Justice. Hampshire: Palgrave Macmillan, 2012.

²⁹ vgl. Ebd.

³⁰ Bayer, Tina, Friedrich, Hannah, Lüer, Helena, Präckel, Cäcilia und Schneiders, Hannah. Representation Matters!, in: Policy Kitchen. Online unter: <https://www.policykitchen.com/group/sicherheit-und-frieden-bundestagswahl-2021/idea/representation-matters/> (abgerufen am: 06.07.2021).

³¹ In der Resolution 66/290 (2012) der UN Generalversammlung heißt es: "menschliche Sicherheit erfordert auf den Menschen ausgerichtete, umfassende, kontextspezifische und präventionsorientierte Maßnahmen, die den Schutz und die Selbstbestimmungsfähigkeit aller Menschen und aller Gemeinwesen stärken". Dementsprechend sollte bei allen sicherheitspolitischen Handlungen die Sicherheit der Individuen berücksichtigt werden.

³² Böhme, Jeannette: Die Einbindung von Frauen in Friedensprozesse, in: *Zeitschrift der Vereinten Nationen*, Nr. 6, 2017, [online]: https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/fileadmin/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_2017/Heft_6_2017/07_B%C3%B6hme_VN_6-2017_1-12-2017.pdf [abgerufen am: 06.07.2021].

³³ Hudson, Valerie/Ballif-Spanvill, Bonnie/Caprioli, Mary/Emmett, Chad. F.: *Sex and World Peace*, New York: Columbia University Press, 2021.

³⁴ Coomaraswamy, Radhika: Preventing conflict, transforming justice, securing peace. *A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325*, USA: UN Women, 2015, S. 190-219

³⁵ Brüntrup-Seidemann, Sabine/ Gantner, Verena/Heucher, Angela/ Wiborg, Ida.: *Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter in Post-Konflikt-Kontexten*, Bonn: Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), 2021.

- Die Festlegung von Gender-Kompetenzen als Einstellungskriterium, z.B. durch kompetenzbasierte Interviewfragen zu dem Themenkomplex Gender;
- die Wahrung einer Genderbalance bei der Personalbesetzung, vor allem auch auf höheren Ebenen;
- die Anerkennung, Belohnung und Förderung von genderspezifischem Wissen zum Thema Frieden und Sicherheit.³⁶

³⁶ Hoggood, Leonie und Krüger, Annegret. Gender-sensible Fähigkeiten als Mindestanforderung, in: Policy Kitchen. Online unter: <https://www.policykitchen.com/group/sicherheit-und->

[frieden-bundestagswahl-2021/idea/gender-sensible-fahigkeiten-als](https://www.policykitchen.com/group/sicherheit-und-frieden-bundestagswahl-2021/idea/gender-sensible-fahigkeiten-als) (abgerufen am: 06.07.2021).

3. FLUCHTURSACHEN GEMEINSAM MINDERN: Globale Herausforderung - Lokale Lösungen - Deutschlands Verantwortung

*Julie Courbon, Simon Haux, Janek Bruker, Tanja Friesen, Stella Bartholomäus,
Jassin Irscheid, Marlene Vossen*

Abstract

Die im Rahmen des Workshops "Fluchtursachenminderung neu denken?" erarbeiteten Handlungsempfehlungen adressieren insbesondere strukturelle Ursachen von Flucht und Vertreibung. Durch eine stärkere Beteiligung lokaler Zivilgesellschaft in der internationalen Zusammenarbeit und die langfristige Förderung lokaler Nichtregierungsorganisationen sollen Bedarfe besser erkannt, die Akzeptanz in der Bevölkerung gefördert und strukturelle Fluchtursachen nachhaltiger gemindert werden. Die Zielgruppen der Zusammenarbeit sollen dazu verstärkt in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Außerdem wird eine Neugestaltung der deutschen Handelsbeziehungen mit Partnerländern³⁷ der deutschen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit gefordert. Asymmetrische Ausgangsbedingungen sollen behoben, strukturelle Abhängigkeiten der Partnerländer reduziert und negative Auswirkungen deutscher Exporte vermieden werden. Die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen sollen dazu nicht nur die Entwicklungs-, sondern auch die Außenhandelspolitik Deutschlands und der Europäischen Union leiten. Der Export von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern muss konsequent kontrolliert und gesetzlich reguliert werden, um zu verhindern, dass deutsche Militärtechnologie zu Gewalt und Menschenrechtsverletzungen beiträgt.

Einleitung

Seit dem *langen Sommer der Migration* im Jahr 2015 bildet das Themenfeld Migration einen festen und polarisierenden Bestandteil des politischen Diskurses in Deutschland. In der Entwicklungs-

politik hat sich in diesem Zusammenhang der Ansatz der „Fluchtursachenminderung“ etabliert. Trotz der politischen Aufmerksamkeit in Deutschland und darüber hinaus ist die Anzahl der Menschen auf der Flucht vor Krisen, Konflikt und Verfolgung weltweit zwischen 2015 und 2020 von 65 Millionen auf mehr als 82 Millionen angestiegen.³⁸

Dieser Herausforderung stellt sich die derzeitige deutsche Außen-, Entwicklungs- und Migrationspolitik insbesondere mit Maßnahmen zur Stabilisierung von Herkunfts- und Aufnahmeländern, bilateralen Rückkehrabkommen sowie der (Re-)Integration geflüchteter und vertriebener Menschen. Im Rahmen der *Policy Kitchen* betonten die Teilnehmenden des Workshops "Fluchtursachenminderung neu denken?" dagegen die zentrale Bedeutung struktureller Ursachen von Flucht und Vertreibung, die die deutsche und internationale Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen sechs Jahrzehnten nicht zu verändern imstande waren. Um Fluchtursachen nachhaltig zu mindern und dauerhaft bessere Lebensbedingungen in Herkunftsländern zu schaffen, bedarf es einer Politik, die die souveräne Beteiligung der betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellt und widerstreitende Interessen deutscher Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik mit entwicklungspolitischen Bedarfen in Einklang bringt.

Lokale Akteure nachhaltig stärken, lokale Perspektiven wirkungsvoll einbeziehen

Spätestens seit der "Erklärung von Paris" im Jahr 2005 wird *Ownership* – die Eigenverantwortung und führende Rolle der Partnerländer in der Planung und Umsetzung internationaler Zusam-

³⁷ Die Begriffe "Partnerland" und "Partnerregierung" beziehen sich im Folgenden auf alle Staaten, mit denen Deutschland Beziehungen im Rahmen bi- oder multilateraler Entwicklungszusammenarbeit unterhält. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf Herkunfts- und Transitländern grenzüberschreitender Flucht und Migration. Da sich die im im Rahmen des Workshops entwickelten Empfehlungen auf die Minderung struktureller Ursachen von

(auch potenzieller zukünftiger) Flucht, Vertreibung und Migration beziehen, beschränken sie sich jedoch nicht auf die Beziehungen zu derzeitigen Herkunfts- und Transitländern.

³⁸ UNHCR (2021): Global Trends. Forced Displacement in 2020, in: UNHCR - The UN Refugee Agency, 2021 [online] <https://www.unhcr.org/flagship-reports/globaltrends/> [abgerufen am 15.09.2021]

menarbeit – als eines der zentralen Prinzipien der EZ angesehen.³⁹ Ebenso hat sich der “Grand Bargain” - eine beim World Humanitarian Summit 2016 getroffene Vereinbarung der größten Geber- und humanitären Organisationen - die verstärkte Förderung und Beteiligung von lokalen Akteuren in der Humanitären Hilfe für von Krisen betroffene Menschen zum Ziel gesetzt.⁴⁰ Gerade in Staaten, in denen die Bedarfe und Interessen (von Teilen) der Bevölkerung nicht durch gefestigte demokratische und rechtsstaatliche Strukturen berücksichtigt werden, hat die bewusste Stärkung und Einbeziehung verschiedenster zivilgesellschaftlicher Organisationen besonderen Wert für die nachhaltige Minderung der Ursachen von Flucht und Vertreibung. Möglichst breite Beteiligung kann das Erkennen der tatsächlichen Bedarfe und Prioritäten, die Akzeptanz in der Bevölkerung und die Resilienz der Zusammenarbeit gegenüber kurzfristigen politischen Veränderungen (insbesondere Regierungswechseln) stärken. Darüber hinaus kann die Förderung zivilgesellschaftlicher Teilhabe nachhaltige demokratische Regierungsführung stärken und die gewaltfreie Bearbeitung politischer Konflikte ermöglichen.⁴¹

- Aus diesem Grund sollten **unabhängige lokale und zivilgesellschaftliche Akteur*innen die Hauptpartner*innen in der Fluchtursachenminderung** sein - einschließlich Organisationen, die die Interessen marginalisierter Gruppen und von Menschen auf der Flucht vertreten. Aufgrund des begrenzten Handlungsspielraums dieser Akteur*innen sollten die Bundesregierung und EU-Institutionen unterstützend tätig sein und auf Partnerregierungen einwirken, um den Einfluss lokaler Zivilgesellschaft auf die Planung und Umsetzung entwicklungsorientierter Maßnahmen zu fördern.

Um lokale Akteur*innen auch auf internationaler Ebene zu stärken, müssen die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sie sich bewegen, reformiert werden. Der World Humanitarian Summit 2016 hat dazu im Bereich der Humanitären Hilfe einen wichtigen Grundstein gelegt. Fortschritte waren allerdings weitgehend auf technische Aspekte beschränkt. Im Bereich der mehrjährigen und flexiblen Finanzierung lokaler Akteur*innen sowie bei der sogenannten *Participation Revolution* gab es zwar kleine Impulse, jedoch noch keinen bedeutungsvollen Wandel. Die Einbindung von Betroffenen bleibt auf den Prozess der Berichterstattung und Evaluierung beschränkt.

³⁹ OECD: *The Paris Declaration on Aid Effectiveness and the Accra Agenda for Action*, in: OECD, 2008, S.3 [online] <https://www.oecd.org/dac/effectiveness/34428351.pdf> [abgerufen am 15.09.2021]

⁴⁰ Grand Bargain: *A participation revolution: include people receiving aid in making the decisions which affect their lives* [online] <https://interagencystandingcommittee.org/a-participation-revolution-include-people-receiving-aid-in-making-the-decisions-which-affect-their-lives> [abgerufen am 15.09.2021]

⁴¹ Auch das *Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (OHCHR) betont die Bedeutung der Einbin-

- Die Bundesregierung sollte in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe anstelle projektgebundener Mittel zunehmend **langfristige Förderungen an lokale zivilgesellschaftliche Organisationen vergeben**. Diese direkte und nachhaltige Finanzierung soll lokalen Partner*innen eine flexiblere Verwendung der Mittel ermöglichen. Neben der erleichterten Anpassung an sich wandelnde Bedingungen vor Ort werden dadurch auch die Eigenverantwortung und die Kapazitäten lokaler Zivilgesellschaft nachhaltig gestärkt.

Nur durch eine zentrale Einbindung lokaler Akteur*innen können außerdem die konkreten Bedarfe der lokalen Bevölkerung festgestellt und kontextsensible Antworten auf Konfliktsituationen gefunden werden. Mit ihrem sprachlichen und kulturellen Wissen und ihren Kenntnissen über Machtstrukturen, diskriminierende und exkludierende Praktiken sollten sie insbesondere bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Unterstützung marginalisierter Gruppen in allen Entscheidungsprozessen direkten Einfluss nehmen. Dabei ist die aktive Beteiligung und Repräsentation von marginalisierten Gruppen und Frauenrechtsorganisationen von besonderer Bedeutung. Durch umfangreiche Partizipation der Zielgruppen und ihre Anerkennung als eigenständige, aktive Akteur*innen werden Bedarfe effizient adressiert und sozialer Zusammenhalt, friedliche Konfliktbearbeitung und nachhaltige Entwicklung gefördert.

- Die Bundesregierung sollte lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren eine **aktive und gestaltende Rolle in allen Vorhaben** und auf allen Entscheidungsebenen einräumen - bei der Feststellung der Bedarfe, der Planung, Umsetzung und Evaluierung der Zusammenarbeit.

dung der zivilgesellschaftlicher Akteure in Entscheidungsprozesse sowie ihre langfristig angelegte Förderung und Kapazitätsstärkung, insbesondere in Hinblick auf die Partizipation vulnerabler Gruppen; vgl. OHCHR: *Practical recommendations for the creation and maintenance of a safe and enabling environment for civil society, based on good practices and lessons learned*, in: UN-Generalversammlung 11.04.2016 [online] <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UN-DOC/GEN/G16/073/52/PDF/G1607352.pdf?OpenElement> [abgerufen am 15.09.2021]

Handelsbeziehungen überdenken, Menschenrechte priorisieren

Als Exportnation hat Deutschland sowohl ein großes Interesse an einer weltweiten Handelsliberalisierung als auch an Stabilität in Partnerländern. Die komplexen Zusammenhänge zwischen Handel und Migration⁴² verdeutlichen die Notwendigkeit einer Handelspolitik, die auf fairen Beziehungen basiert und mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen⁴³ in Einklang steht. Die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sorgten für ungleiche Ausgangsbedingungen⁴⁴ in den Handelsbeziehungen zwischen sogenannten Entwicklungs- und Industrieländern. Um die strukturellen Abhängigkeiten der Partnerländer zu reduzieren und arbeitsbedingte Flucht zu mindern, sind nachhaltige wirtschaftspolitische Maßnahmen auf nationaler Ebene und ein faires multilaterales Handelssystem notwendig.

Nachdem sich die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie⁴⁵ grundsätzlich zu diesen Prinzipien bekannt hat, gilt es, sie in der Außenhandelspolitik der kommenden Legislaturperiode endlich konsequent umzusetzen. Verhandlungen um die Neuregelung und Umsetzung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) der Europäischen Union mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten⁴⁶ müssen die Ziele der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und die nachhaltigen Entwicklungsziele berücksichtigen⁴⁷, um die Kohärenz der deutschen Handels- und Entwicklungspolitik zu verbessern. Für Partnerländer birgt die genaue Ausgestaltung dieser Abkommen große Risiken, darunter sinkende Einnahmen durch den Wegfall von Zöllen und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit lokaler Produzent*innen.⁴⁸ Entsprechend fordern die Teilnehmenden der *Policy Kitchen* die Bundesregierung auf, sowohl in der bilateralen Handelspolitik als

auch im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU folgende Ziele umzusetzen:

- Lokale Unternehmen und Arbeitnehmer*innen in Partnerländern müssen vor negativen Auswirkungen von Handelsliberalisierung geschützt werden. Lange Umsetzungsfristen sollen Partnerländern ermöglichen, notwendige wirtschaftspolitische und infrastrukturelle Anpassungen vorzunehmen.
- Insbesondere in der Landwirtschaft muss die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Produzent*innen erhalten und gestärkt werden.
- Deutschland muss mögliche negative Auswirkungen deutscher und europäischer Exporte auf lokale Arbeitsmärkte beachten und ihnen aktiv entgegenwirken. Nur durch die nachhaltige Stärkung lokaler Märkte können die Ursachen ökonomisch bedingter Flucht und Migration gemindert werden.
- Die Beachtung und Förderung von Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards muss das Grundprinzip aller Außenhandels- und -wirtschaftspolitik sein. Initiativen wie das *Bündnis für nachhaltige Textilien* und das *Lieferkettengesetz*⁴⁹ sind Schritte in die richtige Richtung. Die umfassende Umsetzung dieser Prinzipien muss jedoch konsequent fortgesetzt werden.

Um wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu stärken und die ökonomischen Ursachen unfreiwilliger Migration zu reduzieren, empfehlen die Teilnehmenden außerdem, Institutionen, Infra-

⁴² Schmiege, Evita: *Zusammenhänge zwischen Handelspolitik und Migration*. Berlin: SWP-Studie, 2019.

⁴³ Vereinte Nationen: *Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development (A/RES/70/1)*, in: UN-Generalversammlung, 21.10.2015 [online] <https://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf> [abgerufen am 15.09.2021]

⁴⁴ Fritsche, Ulrich: *Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds in den 90er Jahren: Hintergründe, Konzeptionen und Kritik*, Berlin: Duncker & Humblot, 2004; Langhammer, Rolf J.: Die Währungs- und Außenhandelspolitik der Entwicklungsländer im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme und der Stabilisierungspolitik, In: Dieter Fischer (Hrsg.): *Stabilisierungs- und Strukturanpassungspolitiken in Entwicklungsländern: Anregungen für die Gestaltung der bilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit*, Roßdorf: TZ-Verl.-Ges., 1988, S. 33-55

⁴⁵ Die Bundesregierung: *Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Weiterentwicklung 2021*, Berlin: Die Bundesregierung, 2021, S. 33 [online] <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998194/1875176/3d3b15cd92d0261e7a0bcdc8f43b7839/deutsche-nachhaltigkeitsstrategie-2021-langfassung-download-bpa-data.pdf> [abgerufen am 15.09.2021]

⁴⁶ Europäische Kommission: *Overview of Economic Partnership Agreements*, in: European Commission, 2021 [online] https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/september/tradoc_144912.pdf [abgerufen am 18.08.2021].

⁴⁷ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: *Grundsätze und Ziele*, in: BMZ, 2021 [online] <https://www.bmz.de/de/ministerium/grundsaeetze-ziele> [abgerufen am 16.08.2021].

⁴⁸ Lohmann, Annette: *Impuls oder Hindernis für Entwicklung? Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und Westafrika*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2015 [online] <https://library.fes.de/pdf-files/iez/11509.pdf> [abgerufen am 15.09.2021]; Schmiege, Evita: Außenhandel für nachhaltige Entwicklung? Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem globalen Süden, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 68, Nr. 4-5, 2018, S. 40-46.

⁴⁹ Deutscher Bundestag: *Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Entwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten, Drucksache 19/30505*, in: Deutscher Bundestag, 2021 [online] <https://dserver.bundestag.de/btd/19/305/1930505.pdf> [abgerufen am 15.09.2021]

struktur und Innovationspotenziale zu fördern. Dabei müssen insbesondere ländliche Räume gestärkt werden, um Ungleichheiten zwischen Städten und Peripherie zu vermeiden.

- Direktinvestitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und Infrastruktur insbesondere in ländlichen Räumen sollte als Schwerpunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands und der EU ausgebaut werden.

Aufgrund der möglichen direkten Auswirkungen auf gewaltsame Konflikte und Menschenrechtsverletzungen kommt der Ausfuhr von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern eine besondere Bedeutung in der deutschen Exportpolitik zu.⁵⁰ Dabei stehen insbesondere Exporte in autoritär regierte oder direkt und indirekt an bewaffneten Konflikten beteiligte Staaten in der Kritik.⁵¹ Zusätzlich besteht das Risiko, dass militärische Güter - insbesondere Klein- und Leichtwaffen - aus den Empfängerländern in Konfliktgebiete weitergeleitet werden.⁵² Entsprechende Rüstungsexporte und das Inkaufnehmen der unkontrollierten Weiterverbreitung deutscher Waffen und Militärtechnologie widersprechen den zentralen Kriterien des *Gemeinsamen Standpunkts* des Rates der Europäischen Union zur Kontrolle von Rüstungsexporten⁵³. Diese verlangen u.a., die Menschenrechtslage und mögliche politische Spannungen im Empfängerland (Kriterium 3) ebenso zu beachten wie die Stabilität in der Region (Kriterium 4) und das Risiko, dass exportierte Güter unerlaubt weitergegeben werden könnten (Kriterium 7). Die Bundesregierung muss eine verbindliche Rechtsgrundlage schaffen, um zu garantieren, dass die Normen des *Gemeinsamen Standpunkts* in Zukunft eingehalten werden.

- Alle Kriterien des *Gemeinsamen Standpunkts* der EU müssen in überprüfbare Tatbestände übersetzt werden, bei deren Auftreten der Export von Militärtechnologie und Rüstungsgütern zu verweigern ist. Die Rechtsverbindlichkeit des *Gemeinsamen Standpunkts* muss durch ein Rüstungsexportgesetz gesichert werden.

⁵⁰ Atzpodien, Hans Christoph: *Deutscher Rüstungsexport. Restriktionen, Regelungsbedarfe und der europäische Kontext. Arbeitspapiere Sicherheitspolitik*, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, 2019 [online]

https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2019_5.pdf [abgerufen am 15.09.2021]; Niebank, Jan-Christian: Menschenrechtliche Risikoerwägungen in der deutschen Rüstungsexportkontrolle., in: *Humanitäres Völkerrecht: Journal of International Law of Peace and Armed Conflict*, Jg. 1, Nr. 1-2, 2018, S. 47-67.

⁵¹ Wisotzki, Simone: *Deutsche Rüstungsexporte in alle Welt? Eine Bilanz der vergangenen 30 Jahre*, in: Greenpeace e. V., 2020. [online] <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2020-07->

Fazit

Für die Teilnehmenden des Workshops "Fluchtursachenminderung neu denken?" muss die Auseinandersetzung mit strukturellen Ursachen von Flucht und Vertreibung im Zentrum eines neuen, nachhaltigen Ansatzes zur Fluchtursachenminderung stehen. Die lokale Zivilgesellschaft in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit besitzt ein einzigartiges und umfassendes Verständnis lokaler Strukturen. Sie kann strukturelle Probleme gezielt benennen und Lösungen kontextgerecht ausarbeiten. Entsprechend müssen ihr in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine stärkere Rolle und langfristige, verlässliche Förderung zukommen. Darüber hinaus muss sich Deutschland bewusst sein, dass bestehende Wirtschaftsbeziehungen zu einem strukturell ungleichen System beitragen. Nur durch gezielte Veränderungen dieser Beziehungen können Fluchtursachen umfassend gemindert werden. Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen fair und nachhaltig gestaltet werden. Zudem bergen Rüstungsexporte ein hohes Risiko, zu lokaler Instabilität und Menschenrechtsverletzungen beizutragen. Daher liegt es im Interesse der Bundesrepublik, deutsche und europäische Rüstungsexporte sowie den Einsatz deutscher Waffen noch konsequenter zu regulieren. In der kommenden Legislaturperiode muss Deutschland im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik darauf hinwirken, lokale Lösungen zu unterstützen und globale Ungleichheiten zu reduzieren, um Fluchtursachen nachhaltig zu mindern.

19_gpd_studie_deutsche_ruestungsexporte_.pdf [abgerufen am 15.09.2021]

⁵² Wisotzki (2020) beschreibt u.a. die Proliferation deutscher Waffen in Afghanistan, Kolumbien, Libyen, Mexiko und Nordirak.

⁵³ Europäische Union (2008): *Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern*, in: European Commission, 2008 [online] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX%3A32008E0944> [abgerufen am 17.08.2021]

Berlin, September 2021

Veröffentlicht von Polis180 e.V.

Vertreten durch:

Ricarda Lindau, Präsidentin

Lukas Hochscheidt, Präsident

Lisa Marie Rumpf, Schatzmeisterin

Herausgeber: Polis180 e.V.

Organisation der Policy Kitchen: Leonie Hopgood,
Richard Kaufmann

Layout: Gerold Stabel

Dieses Polis Paper gibt ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei den Autor*innen. Dieses Polis Paper ist im Rahmen des Projektes „Politisch? Korrekt! - Unser Beitrag zur Bundestagswahl 2021“ entstanden.

Mit dem Projekt „Politisch? Korrekt!“ setzt sich Polis180 für eine zukunftsgerechte deutsche Außen- und Europapolitik ein, die die Perspektiven junger Bürger*innen wahrnimmt und die junge Generation beteiligt.

Mehr zum Projekt unter: www.polis180.org/bundestagswahl2021/

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Gefördert
durch die

Bundeszentrale für
politische Bildung

Über POLIS180

Polis 180 hat zum Ziel, die innovativste Ideen- und Talentschmiede von und für junge ExpertInnen zu sein und will ihnen als inklusive Plattform die Möglichkeit geben, außen- und europapolitische Entscheidungen maßgeblich zu beeinflussen. Als Grassroots- Thinktank brechen wir die etablierte Außen- und Europapolitik auf, entwickeln unvoreingenommen und ohne Zwänge neue Ideen und verhelfen ihnen zum Durchbruch. Als Bindeglied bringen wir in unserer Arbeit verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammen und wirken so der wachsenden Kluft zwischen ihnen entgegen.



POLIS180

KIEFHOLZSTRASSE 2

12435 BERLIN

WWW.POLIS180.ORG

INFO@POLIS180.ORG

the \mathbb{R}^n is a linear space over \mathbb{R} with the usual addition and scalar multiplication. The inner product is defined by

$$\langle x, y \rangle = x_1 y_1 + x_2 y_2 + \dots + x_n y_n \quad (1)$$

where $x = (x_1, x_2, \dots, x_n)$ and $y = (y_1, y_2, \dots, y_n)$ are vectors in \mathbb{R}^n .

The norm of a vector x is defined by

$$\|x\| = \sqrt{\langle x, x \rangle} = \sqrt{x_1^2 + x_2^2 + \dots + x_n^2} \quad (2)$$

The distance between two vectors x and y is defined by

$$d(x, y) = \|x - y\| = \sqrt{(x_1 - y_1)^2 + (x_2 - y_2)^2 + \dots + (x_n - y_n)^2} \quad (3)$$

The angle between two vectors x and y is defined by

$$\cos \theta = \frac{\langle x, y \rangle}{\|x\| \|y\|} \quad (4)$$

The orthogonal projection of a vector x onto a vector y is defined by

$$\text{proj}_y x = \frac{\langle x, y \rangle}{\|y\|^2} y \quad (5)$$

The orthogonal distance from a vector x to a vector y is defined by

$$d(x, y) = \|x - \text{proj}_y x\| \quad (6)$$

The orthogonal distance from a vector x to a subspace S is defined by

$$d(x, S) = \inf_{y \in S} \|x - y\| \quad (7)$$

The orthogonal distance from a point x to a line L is defined by

$$d(x, L) = \inf_{y \in L} \|x - y\| \quad (8)$$

The orthogonal distance from a point x to a plane P is defined by

$$d(x, P) = \inf_{y \in P} \|x - y\| \quad (9)$$